

Der Franzose und seine Parteien

von Jacques Fauvet*

»» Was prägt das französische Parteiensystem, die Haltung der Wähler, die Regierungsarbeit? Diese Analyse erklärt das politische System Frankreichs wie es sich nach dem 2. Weltkrieg ausprägte. Der hier leicht gekürzte Text wurde 1958 in *Dokumente* veröffentlicht.

Nichts ist so unbeständig und gleichzeitig so stabil wie die französische Innenpolitik. Die Regierungen wechseln alle sechs oder neun Monate, und die länger amtierenden, sind nicht die besten. Aber die Mehrheit, die sie trägt – wenn man so sagen darf –, bleibt vom Anfang bis zum Ende der Legislaturperiode die gleiche, und falls sie sich wirklich einmal ändert, dann nur für kurze Zeit.

Die Regierungen lösen einander ab. Aber die Politik bleibt offensichtlich die gleiche; sie scheint sich dem Willen der Menschen zu entziehen und eigenen mechanischen Gesetzen zu folgen. Aufmachung und Stil können täuschen, nicht jedoch die unmittelbaren Resultate.

Die Parteien entstehen und vergehen weniger rasch als die Kabinette. Zusammen mit der Verwaltung bilden sie das stabile Element des Regimes. Immerhin tauchen zuweilen neue Parteien auf, und alte gewinnen neue Kraft oder ein neues Gesicht. (...) Die Kommunistische Partei dehnt sich aus und geht wieder zurück. Eine »neue Linke« sucht sich zu gruppieren. Die ewige Rechte tritt unter verschiedenen Gesichtern auf, firmiert unter wechselnden Etiketten. De Gaulle glänzt und verlöscht. Pujade erscheint wie ein Blitz – oder ein Irrlicht. (...)

Die Parteien ändern sich nicht; sie haben De Gaulle widerstanden und Pujade lächerlich ge-

macht. Aber auch die Kombinationen verändern sich kaum – trotz des gegenteiligen Anscheins. Immer wieder kehrt der Schwerpunkt der französischen Politik in das »juste milieu«, zur goldenen Mitte, zurück. Eine alte Erfahrung sagt: die Rechte wird in der Wahl geschlagen, die Linke in der Macht verschlissen. Deshalb regiert die Mitte. Natürlich findet sich ein Ausländer mit diesem Nebeneinander von Labilität und Kontinuität nicht zurecht. Aber es ist noch nicht das letzte Paradox: so enttäuscht der Franzose auch von der Politik ist – er bleibt dem System im allgemeinen und seiner Überzeugung im besonderen treu. (...)

Seit zwanzig Jahren hat Frankreich nur zwei Augenblicke erlebt, in denen die Stärkeverhältnisse der Parteien wechselten: 1936 bei den Volksfrontwahlen und 1945. Aber auch damals wurde die Politik selbst nur für kurze Zeit umgekrempelt.

Diese Situation ist so alt wie das republikanische Regime, vielleicht wie das Land selbst. Ihre Wurzeln reichen tief hinab in das französische Temperament, in die Geschichte, in die Geographie. Niemand vermag sie zu verändern. Der eiserne Hieb vieler Kriege konnte ihnen ebensowenig anhaben wie die mehrfachen autoritären Zwischenspiele. Immer noch schimmern alte religiöse Streitigkeiten durch und drohen jederzeit neu aufzuflammen. Immer noch verschärfen wirt-

* Jacques Fauvet wurde 1914 geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und begann 1937 seine journalistische Laufbahn bei der großen Provinzzeitung *L'Est Republicain* in Nancy. Während des Krieges geriet er in deutsche Gefangenschaft. Nach dem Krieg wurde Fauvet Chef der politischen Redaktion von *Le Monde*. Der hier abgedruckte, gekürzte Text stammt aus seinem Buch von 1958, *La France déchirée*.

schaftliche Gegensätze die soziale Spannung – wenn heute nicht mehr so sehr zwischen den Klassen, dann doch zwischen den Landesteilen. Daß die Schwäche der Regierungen und der politische Immobilismus in einer Zeit, da der Rhythmus des Weltgeschehens sich beschleunigt und neue Mächte, Machtblöcke und Imperien entstehen, für Frankreich doppelt nachteilige Folgen hat, läßt sich nicht bestreiten.

Ist der Abgeordnete frei?

Mag ein Politiker noch so liberal gesinnt sein: er kann keine parlamentarische Karriere machen ohne vorherige Anerkennung durch eine Organisation, die sich wie eine Scheidewand zwischen ihm und den Wähler stellt, den er repräsentieren möchte. Bevor er in allgemeiner Wahl gewählt werden kann, muß er in interner Wahl investiert sein; er muß für die Kandidatur kandidieren. (...)

Das äußerste Mittel, zu dem die Parteien manchmal greifen, ist in Frankreich unter dem Namen »parachutage« (wörtlich: Fallschirmoperation) bekannt: die Partei erzwingt die Kandidatur eines angesehenen und oft bekannten Politikers, der aber in dem betreffenden Departement fremd ist. Kurz nach dem Krieg war diese Praxis sogar die Regel. Ob sie verwerflich ist? Sie ist nicht einmal neu. Clemenceau, Briand, Tardieu, Léon Blum waren »parachutiert« worden. Paul Reynaud hat dreimal den Wahlkreis gewechselt. Ein Politiker muß sich schließlich anzupassen verstehen; das gilt für seine Funktionen ebenso wie für die Bevölkerung, die er vertritt. Ein Parlament ist letzten Endes etwas anderes als eine Versammlung von Kommunalvertretern. So wählt also stets die Partei ihre Kandidaten; lediglich die Methoden variieren. (...)

Alle französischen Parteien zeichnen sich durch die Disziplinlosigkeit der Mitglieder und ihre mangelnde Treue zur Führung aus; die Kommunistische Partei weiß diese natürliche Neigung des französischen Temperaments am wirkungsvollsten zu bändigen. Der Kommunist vertraut seiner Partei mehr als irgendein anderer Franzose: 62 Kommunisten von hundert vertrauten nach einer

Umfrage aus dem Jahre 1952 ihrer Partei absolut und 45 ihrem Führer Maurice Thorez; dabei lebte dieser damals für längere Zeit in Sowjetrußland! Der Zusammenhalt der Kommunisten hat seine Gründe. Die Arbeiterschaft, aus der sich Parteimitglieder und Führer rekrutieren, ist stärker als jede andere Schicht des französischen Volkes wenn nicht von Klassen-, so doch von Solidaritätsbewußtsein durchdrungen. Den Beweis liefern die abtrünnigen Kommunisten: sie verlieren sehr rasch ihre frühere Popularität. Darum ist es in Frankreich so schwer, vielleicht, sogar unmöglich, eine authentische politische Arbeiterbewegung außerhalb der Kommunistischen Partei aufzubauen. (...)

Außerdem gehen immer wieder Instruktionswellen von ganz oben bis ganz unten durch die Partei. Der Kommunist geht sein Leben lang in die Schule. Es ist eine Ehre für ihn, zu den Kursen der zentralen französischen Parteischule zugelassen zu werden, und nach Moskau reisen zu dürfen, verleiht ihm geradezu eine höhere Weihe.

Die Disziplin der Sozialisten

Nichts dergleichen finden wir in der Sozialistischen Partei (SFIO). Es gibt keine Gedankenregelung und keine Lebensvorschriften. Aber die Fraktionsdisziplin ist dennoch fast ebenso rigoros wie bei der KP. Ein Verstoß gegen die Fraktionsdisziplin schafft in der SFIO einen »Fall« und oft sogar ein Gewissensdrama. Als 1946 (die Kommunisten waren aus der Wahl am 10. November als stärkste Partei hervorgegangen) Maurice Thorez mit der Regierungsbildung beauftragt war, erlitt ein junger sozialistischer Abgeordneter eine Nervenkrise, weil er vor der quälenden Alternative stand, entweder für den Kommunistenführer zu stimmen oder gegen die Ordnung der SFIO zu verstoßen, die damals im Zeichen des »Tripartismus« mit der KP koalierte. Als 1954 der neue Präsident der Republik zu wählen war, stimmten die »europäischen« Sozialisten geschlossen für einen Parteifreund, obwohl er als Anti-Europäer bekannt war. Allein der Kampf um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vermochte die Einheit der SFIO ernstlich zu erschüttern. Der Riß ging so tief, daß die sozialistischen Abgeordneten sich

damals geschworen haben, etwas Ähnliches dürfe sich niemals wiederholen.

Wie erklärt sich der Zusammenhalt der Sozialisten? Die meisten von ihnen brauchen sich wegen der Wiederwahl keine Gedanken zu machen. Auch ihre Karriere ist gesichert. Sie handeln spontan solidarisch; niemand schreibt es ihnen vor. Sie können völlig verschiedener Meinung sein – an der Schwelle des Bruchs mit der Parteidisziplin machen sie halt. (...)

Dennoch verhalten sich die Sozialisten strikt demokratisch. Sie unterwerfen sich der Mehrheit. Kein sozialistischer Wähler kommt auf den Gedanken, einem Gesetz den Gehorsam zu verweigern, weil es gegen die Stimmen seiner Abgeordneten angenommen wurde. Der Parlamentarier tut das gleiche. Demokratie bedeutet für die SFIO freie innerparteiliche Aussprache, dann Abstimmung; die Mehrheit entscheidet, und selbstverständlich gilt die Entscheidung für alle.

Je mehr wir uns von links nach rechts bewegen, um so mehr entfernen wir uns von der Idee der Einheit. Die RPF der ersten Zeit und länger noch die MRP besaßen Autorität über ihre Mitglieder. Die Gaullisten splitterten sich jedoch rasch völlig auf: eine Gruppe der RPF-Abgeordneten nach der anderen brach mit den »reinen Gaullisten«. (...)

Das Prinzip der Einheit in der MRP ist mehr gefühlsmäßig als intellektuell bestimmt; es wurzelt in der Anhänglichkeit an die alte christlich-demokratische Tradition. Immerhin hat sich dieses Sentiment als stark genug erwiesen, um eine Art von moralischem Druck auf die Fraktion auszuüben und sie auch, wenn die Meinungen oder Interessen ihrer Mitglieder auseinandergelassen, zusammenzuhalten.

Die alte und die neue Rechte

(...) Während Sozialisten und Kommunisten durchschnittlich zwei Fünftel der Parlamentarier stellen, entstehen und vergehen andere Fraktionen gemäß den konfusem Gesetzen der politischen Chemie. Die anscheinend einfach strukturierte klassische Rechte zerfällt in Wirklichkeit seit Jah-

ren in zahllose Moleküle. Es gibt Unabhängige, es gibt Bauern, es gibt »Unabhängige und Bauern« – und bei allen wieder divergierende Strömungen und innere Konflikte. Man darf auf der Rechten zwischen zehn und fünfzehn parlamentarische Gruppen annehmen. Der Individualismus rechtfertigt das Nein zur Fraktionsdisziplin, das Vergnügen an der freien Diskussion. (...)

Die französische Rechte stand früher nie unter der gebieterischen Forderung, sich politisch zu organisieren und eine große konservative Partei zu bilden. Lange Zeit brauchte sie keinen politischen Rahmen, da der gesellschaftliche Rahmen allein ihr genügend Sicherheit bot. »Wenn die Rechte die Partei nicht erfunden hat, so deshalb, weil sie ihrer nicht bedurfte. Das Ansehen der traditionellen Eliten, die gesicherten Positionen, die stabile Anhängerschaft und nicht zuletzt die Sympathie der Kirche haben stets zu ihren Gunsten gewirkt« (René Rémond). Erst als zahlreiche Notabeln sich in das Vichy-Abenteuer verstrickt hatten und die MRP zur Lieblingstochter der Kirche geworden war, empfand die von zwei Seiten bedrohte Rechte das Bedürfnis, sich zu verteidigen, das heißt, sich zu organisieren und zusammenzuschließen. Absichtlich vermeidet sie immer noch die Bezeichnung »Partei« und bevorzugt Worte wie Föderation oder Allianz, die das Moment der individuellen Freiheit besser ausdrücken. Heute spricht sie zwar schon von »Zentrale« und »Bewegung«, aber das hindert sie nicht daran, weiterhin oft auf der Stelle zu treten und die lockere Ordnung beizubehalten. Seit 1949 ist die Rechte im Parlament wenigstens einigermaßen zusammengefaßt, und 1954 hat sie zum ersten Mal daran gedacht, eine Fraktionsdisziplin einzuführen; 1956 gelang ihr das. (...)

Die meisten französischen Abgeordneten leben von kontrollierbaren Einkünften, und soweit sie mit ihren Diäten auskommen müssen, geht es ihnen sogar notorisch schlecht: sie erhalten nach Abzug verschiedener obligatorischer und freiwilliger Beitragsleistungen einen Nettobetrag von etwa 170 000 Francs gleich 1 700 DM, wovon die Kosten des zweiten Wohnsitzes in Paris für alle Deputierten aus der Provinz allein mindestens 900 DM verschlingen.